

1 Antrag der JUNGEN UNION OSTHOLSTEIN für den SHR am 13.07.2014 in Noer
2 – Öffentlichkeitsarbeit von Jugendoffizieren in den Schulen –

3
4 Der Schleswig-Holstein-Rat der Jungen Union Schleswig-Holstein möge beschließen:
5 **„Die Junge Union Schleswig-Holstein unterstützt die Arbeit der Jugendoffiziere der Bundeswehr**
6 **insbesondere auch in den Schulen als wichtigen Teil staatspolitischer Bildung. Sie fordert die**
7 **Landesregierung in Schleswig-Holstein auf, die Öffentlichkeitsarbeit der Jugendoffiziere in den**
8 **Schulen durch den Abschluss eines Kooperationsvertrages mit der Bundeswehr zu unterstützen.**

9 Die Position des Jugendoffiziers wurde bereits 1958 im Zuge der Wiederbewaffnung Deutschlands
10 geschaffen, um in der deutschen Nachkriegsbevölkerung für eine größere Akzeptanz der Bundeswehr zu
11 werben. Es war die Aufgabe dieser allesamt noch jungen Soldaten, den Kontakt zu der Bevölkerung zu
12 suchen und den Bürgern zu verdeutlichen, dass dort keine Armee in der Tradition der Wehrmacht
13 entsteht. Vielmehr – so sollen sie verdeutlichen – prägten und prägen bis heute die Prinzipien des
14 „Staatsbürgers in Uniform“ und der „Inneren Führung“ den Dienst der Bundeswehr. Schon damals galt
15 dabei für die Jugendoffiziere der bis heute gültig Grundsatz, der eine klare Trennung von
16 Nachwuchswerbung und Öffentlichkeitsarbeit vorsieht: „Der Jugendoffizier ist kein Werbeoffizier“.¹

17 Aufgrund der wachsenden Nachfrage nach den Angeboten der Jugendoffiziere stieg auch die Zahl der
18 Jugendoffiziere kontinuierlich an. So waren im Jahre 2013 durchschnittlich 86 Jugendoffiziere, die in
19 einer intensiven Ausbildung auf ihre Aufgabe vorbereitet werden, in ganz Deutschland tätig und
20 erreichen in 3324 Veranstaltungen ca. 152.000 Menschen².

21 Die Junge Union Schleswig-Holstein sieht in den Jugendoffizieren ein wichtiges Bindeglied zwischen
22 Bevölkerung und Bundeswehr. Es ist ihre Aufgabe, der deutschen Bevölkerung Prinzipien, Auftrag und
23 Funktion der Bundeswehr zur vermitteln und zu erläutern. Gerade nach der Aussetzung der Wehrpflicht,
24 kommt der Aufgabe der Jugendoffiziere daher eine herausragende Bedeutung zu, um den Kontakt
25 zwischen Bevölkerung und Bundeswehr und eine demokratischen Verankerung der Bundeswehr in der
26 Gesellschaft zu erhalten.

27 Während der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD den „Zugang der Bundeswehr zu Schulen,
28 Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren“ als „selbstverständlich“ betrachtet und die
29 „wichtige Arbeit“ der Jugendoffiziere ausdrücklich befürwortet³, wird diese begrüßenswerte Haltung
30 keineswegs von allen staatlichen Einrichtungen geteilt. Vor diesem Hintergrund kritisiert die Junge

¹ „Rückblick – Die Geschichte der Jugendoffiziere“, aufgerufen am 05. Juli 2014 unter <http://www.bmvg.de>.

² Anlage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE u.a., Deutscher Bundestag 18. Wahlperiode, Drucksache 18/912 vom 25.03.2014. Daneben waren 423 Karriereberater für die Bundeswehr tätig, die im Gegensatz zu den Jugendoffizieren über die Bundeswehr als potentiellen Arbeitgeber informieren.

³ Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode, S. 123.

31 Union Schleswig-Holstein in aller Deutlichkeit die fragwürdige Entscheidung einzelner Schulen, den
32 Jugendoffizieren den Zugang zum Schulgelände zu verbieten. Es ist eine befremdliche und
33 besorgniserregende Entwicklung, dass eine staatliche Behörde einer anderen verfassungsrechtlichen
34 legitimierten Institution die Zusammenarbeit verweigert. Die Verleihung des Aachener Friedenspreises
35 an zwei deutsche Schulen „stellvertretend für alle Schulen, die per Schulkonferenzbeschluss festgelegt
36 haben, die Bundeswehr nicht an ihre Schule einzuladen“,⁴ stellt einen traurigen Höhepunkt dieser
37 skandalösen Fehlentwicklung dar. Es ist beschämend, dass deutschen Soldaten, die bei der Erfüllung
38 ihres demokratisch legitimierten Auftrags für unsere Sicherheit und unseren Wohlstand ihr Leben
39 riskieren, als „Kriegstreibern“ der Zutritt zu staatlichen Einrichtungen untersagt wird. Die Junge Union
40 hält hierbei insbesondere das Verhalten der GEW und anderen vermeintlicher Friedensorganisationen⁵
41 für sehr bedenklich, die ohne jegliche demokratische Legitimation versuchen, massiv und einseitig
42 Einfluss auf die Unterrichtsinhalte zu nehmen versuchen.

43 Für die Junge Union Schleswig-Holstein steht außer Frage, dass die Besuche der Jugendoffiziere keine
44 einseitigen Werbeveranstaltungen sind. Es ist daher richtig, dass die Bundeswehr die Tätigkeit und
45 Aufgaben der Jugendoffiziere, die ausdrücklich nicht das Ziel der Nachwuchsgewinnung verfolgen,⁶ von
46 denen der Karriereberater trennt und klare Vorgaben für die Tätigkeit der Jugendoffiziere entsprechend
47 den Inhalten des Beutelsbacher Konsenses aufgestellt hat⁷. Es obliegt zudem dem Lehrer, eine
48 ausgewogene Darstellung sicherzustellen, die die Risiken und tragischen Folgen eines militärischen
49 Eingreifens ebenso beleuchtet wie die politischen und moralischen Argumente, für eine militärische
50 Intervention sprechen können. Tragweite, Folgen aber auch Alternativen zu militärischen Einsätzen
51 gehören daher ebenso auf den Lehrplan wie die Aufgaben, Ziele und Grundsätze der Bundeswehr sowie
52 deren Verankerung im politischen System.⁸ Dabei bietet der authentische und aktuelle Vortrag eines
53 Jugendoffiziers einen Bericht aus erster Hand und somit eine wertvolle Bereicherung für den schulischen
54 Unterricht und die politische Bildung der Schüler. Aus diesem Grund spricht sich die Junge Union
55 Schleswig-Holstein ebenso dafür aus, den Meinungs austausch mit den Jugendoffizieren als festen
56 Bestandteil des Curriculums der Referendarausbildung in den Fächern Politik und Geschichte
57 vorzusehen.“

⁴ <http://www.aachener-friedenspreis.de/preistraeger/archiv/jahr-2013.html> aufgerufen am 03. Juli 2014. Der Preis ging an das Robert-Blum-Gymnasium (Berlin) und die Käthe-Kollwitz-Schule (Offenbach a.M.). Die dritte für den Preis vorgesehene Hulda-Pankok-Gesamtschule (Düsseldorf) hat die Annahme des Preises verweigert.

⁵ „Einfluss der Bundeswehr an Schulen zurückdrängen“ zuletzt aufgerufen am 03. Juli unter http://www.gew.de/Einfluss_der_Bundeswehr_an_Schulen_zurueckdraengen.html mit Verweisen auf andere Seiten. Siehe auch die Forderung der Grünen Jugend Baden-Württemberg vom 24. September 2012, aufgerufen am 05. Juli 2014 unter <http://www.gjbw.de/grune-jugend-fordert-militarfreie-bildung-und-forschung-in-baden-wuerttemberg>.

⁶ Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr 2012 vom 13. Mai 2013, S. 4: „Die Jugendoffiziere kommunizierten auch 2012 unmissverständlich, dass sie keine Nachwuchsgewinnung betreiben und [...] nicht als Ansprechpartner für die Beratung zum beruflichen Einstieg bei der Bundeswehr zur Verfügung stehen. [...] Bei Fragen nach beruflichen Perspektiven in den Streitkräften verweisen die Jugendoffiziere deshalb regelmäßig auf die Karriereberatung.“

⁷ „Die Jugendoffiziere – Partner für Sicherheitspolitik“, aufgerufen am 05. Juli 2014 unter <http://www.bmvg.de>. Der Beutelsbacher Konsens ist das Ergebnis einer Zusammenkunft unterschiedlicher parteipolitischer oder konfessioneller Lager im Herbst 1976 in Beutelsbach und legt drei wesentliche Prinzipien für den Politikunterricht fest: Überwältigungsverbot, Kontroversität, Schülerorientierung (<http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>, aufgerufen am 03. Juli 2014).

⁸ Nach Angaben des Jahresberichts der Jugendoffiziere der Bundeswehr 2012 vom 13. Mai 2013, S. 16 waren die „berechtigten Fragen zu den Themen Angst, Tod, Verwundung, Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS), der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie nach den Beweggründen für den Eintritt in die Streitkräfte“ bereits Gegenstand der Veranstaltungen. Von einer einseitigen Gestaltung der Veranstaltungen kann daher keine Rede sein.